

### Das Zauberwort „Organisation“.

Aus einer sehr unterrichtenden Rede des Abgeordneten S u e, des bekannten Bergarbeitergenossen, die er über die Lage der Industrie, im Rahmen der zweiten Lesung des Stats, im preussischen Abgeordnetenhause gehalten hat, heben wir folgendes hervor:

Die Arbeitslosigkeit war in den ersten Monaten des Krieges ungeheuer groß und hat dann allmählich abgenommen. Im Laufe des Krieges sind mehr als dreißig Millionen Mark durch die freien Gewerkschaften für Arbeitslosen- und sonstige Unterstützungen ausbezahlt worden. Dazu kommen Millionen, die die anderen Gewerksvereine gezahlt haben, sowie die Summen, die aus lokalen Fonds der Gewerkschaften ausgeworfen wurden. Der Berichtslatter sprach von dem Zauberwort „Organisation“. Das kann ich besonders in Anspruch nehmen für die Organisation der Arbeiter. Jeder Arbeiter, der denkfähig ist und weiß, was er seiner Klasse, seinen Volksgenossen schuldig ist, sollte das Wort Organisation nicht nur im Munde führen, sondern sich mit seinesgleichen organisieren. Wären nicht erst 30 bis 40 Prozent, sondern 80 bis 90 Prozent der weiblichen und männlichen Arbeiter organisiert gewesen, dann hätte sich die Umorganisation der gewerblichen Verhältnisse noch leichter durchführen lassen. Alle Bestrebungen, die sich früher bemerkbar machten auf Hemmung der Arbeiterorganisationen, haben sich also als gemeinschädlich herausgestellt. Ganz bedeutende Schichten des sogenannten Mittelstandes sind durch den Krieg entweder ganz oder so gut wie ganz um ihre Selbständigkeit gebracht worden. Zahllose Existenzen aus diesem Mittelstand werden durch den Krieg in das Proletariat hinabgestürzt. Eine Unmenge von kleinen Kaufleuten und Handwerkern sieht an heute zur Fabrik gehen und ebenso zahlreiche Frauen und Mädchen des Mittelstandes. Das Angebot an Arbeitskräften ist kolossal gestiegen. Es waren 1915 an 400.000 weibliche Arbeitskräfte mehr vorhanden als offene Stellen für sie. Auch bei den Privatangestellten herrschen ähnliche Verhältnisse. Zweifellos erhält ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich soweit sie bei den großen Heereslieferungen beschäftigt sind, Löhne, die man als an emessen mit den jetzigen Lebensmittelpreisen bezeichnen kann. Aber die Lohnerhöhungen haben doch Summa Summarum einen Ausgleich für die Lebensmittelerhöhung nicht geschaffen. Wenn es nicht möglich wäre, die Lebensmittelpreise für die wichtigsten Nahrungsmittel namhaft herunterzusetzen, so müßte die notwendige Folge eine entsprechende Erhöhung der Löhne sein. Das wird dann eine starke Belastung der Produktionskosten geben, und es ist auch fraglich, ob es sich die meisten Industrien jetzt leisten können, die Löhne zu erhöhen, so daß sie einen Ausgleich bieten für die Lebensmittelerhöhung. Aber wir stehen da vor einem Dilemma: entweder — oder. Entweder Sie müssen niedrigere Lebensmittelpreise herbeiführen oder höhere Löhne; ein Drittes gibt es nicht.

Dazu kommt, daß sich ein großer Teil der Lohnerhöhungen aus Ueberstunden rekrutiert, die teilweise schon über die Kräfte der Arbeiter hinausgehen. Ich möchte die Regierung bitten, die Frage zu prüfen, ob es nicht gerade im Interesse der Förderung der Produktion richtig wäre, die Zahl der Ueberstunden zu beschränken, damit nicht schließlich die Arbeiter so erschöpft werden, daß sie die notwendigen Leistungen nicht mehr vollbringen können. Die kolossale Vermehrung der Frauenarbeit ist nicht zu übersehen. In Groß-Berlin waren Anfang 1915 468.000 weibliche Krankenkassenmitglieder, im Jänner 1916 schon 658.000. Der Berichtslatter hat in der Kommission festgestellt, daß sogar Frauen bei Nacht zwölfstündige Schichten ableisten. Es ist das in der Eisenindustrie der Fall. Selbstverständlich muß die Beschäftigung von Frauen in solchen Betrieben, die dem weiblichen Organismus besonders gefährlich sind, unterbleiben; hier handelt es sich einfach um den Schutz der Mutterschaft. Was die Entlohnung der Frauen betrifft, so wäre es gerecht, sich an den Grundsatz zu halten: für gleiche Arbeit gleicher Lohn. Ich kann aber durch Lohnzettel, auch aus der Berliner Munitionsindustrie, nachweisen, daß für Frauenarbeit, die der Leistung der Männer vollkommen gleichwertig ist, dreißig bis fünfzig Prozent weniger bezahlt wird. Dies hat der Deutsche Transportarbeiterverband insbesondere auch für den Straßenbahnbetrieb nachgewiesen, in dem bereits vierzehntausend Frauen beschäftigt sind, davon mehr als zwölftausend fünfhundert Schaffnerinnen. In einzelnen Fällen beträgt die Minderbezahlung sogar fünfzig Prozent. Auf dem Arbeitsmarkt hatten wir bei Anfang des Krieges mit Millionen Abgehender zu rechnen, bei Friedensschluß mit Millionen Zurückkommender. Da ist es notwendig, daß Reichs- und Staatsregierung an eine straffe Zentralisation des Arbeitsnachweises über das ganze Reich herangehen, und zwar unter Mitwirkung der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen.

Die Klasse des Proletariats wird ungeheuer vermehrt durch den Krieg und die Folge ist eine Verschärfung der Klassenengefährdung. In England hat ein Großindustrieller bereits erklärt, daß man dort mit kolossalen Wirtschaftskämpfen nach dem Kriege rechne. Sollen nun die Kämpfe auch bei uns kommen? Wer hat ein Interesse daran, daß wir uns bei der allgemeinen Erschöpfung im eigenen Lande gegenseitig die Häse abschreiben? Die Gewerkschaften haben den Kampf niemals erklärt um des Kampfes willen und sie haben immer gesagt, daß sie dem Kampfe vorziehen, das Mögliche friedlich zu erreichen. Wenn aber die Arbeiter zum Kampfe gezwungen würden, dann dürfen Sie damit rechnen, daß die Arbeiter die Kampfeslust und Entschlossenheit, die sie jetzt in den Schützengräben draußen zeigen, auch auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz erwiesen werden. In diejenigen Herzen, die auf die Unternehmer Einfluß haben, richte ich die Aufforderung, den Unternehmern nahezu legen, ob es zeitgemäß ist und im allgemeinen Interesse liegt, an der auch während des Krieges beobachteten ablehnenden Haltung gegenüber den Arbeiterorganisationen festzuhalten; überlegen Sie das reiflich und fassen Sie meine Worte auf als die Mahnung eines Mannes, der wiederholt schon in der Leitung der größten wirtschaftlichen Kämpfe gestanden hat, die Deutschland erlebte, und der daher zu würdigen weiß, was ein solcher Kampf nach dem Kriege bedeuten würde. Niederlegen Sie, ob sich

diese Unternehmer nicht dem größten Teile ihrer Berufskollegen anschließen sollen, die heute schon den vormärzlichen Standpunkt der Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen verlassen haben. Wir sehen doch bei jeder Syndikatsverhandlung im Kohlenbergbau, wie die Unternehmer untereinander nicht zu einer Vereinbarung kommen können, wie niemand nachgeben will und wie schließlich trotz dieser scharfen Gegensätze immer wieder eine gemeinsame Verständigungslinie doch erreicht wird. Das sollte doch auch möglich sein gegenüber den Arbeiterorganisationen, namentlich angesichts der kolossalen Schwierigkeiten, die wir nach dem Kriege haben werden. Die Gewerkschaften haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen zu einer Verständigung, die im beiderseitigen Interesse liegt. Ich kann diese Bereitwilligkeit der Gewerkschaften auch heute ausprechen, die Gewerkschaften sind bereit, mit den Unternehmerorganisationen im allgemeinen Interesse zusammenzuwirken.

Der Abgeordnete R o s e n r o w von der Volkspartei betonte danach: Den Ausführungen des Vorredners, daß in Zukunft jede kleinliche Behandlung der Gewerkschaften aufhören muß, stimmen wir zu. Millionen von Arbeitern haben sich in diesem schweren Kampfe Deutschlands gezeigt. Gewiß, ein einzelner Stand rückt nicht vor anderen wegen Betätigung der vaterländischen Tugenden gelobt zu werden, aber jede ungerechte Behandlung der Organisationen nach diesem Kriege wäre ein Unrecht...